

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 6

Artikel: Arbeitssaboteur Demographie : eingestandene und uneingestandene Probleme mit der sowjetischen Bevölkerungsentwicklung
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093527>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eingestandene und uneingestandene Probleme mit der sowjetischen Bevölkerungsentwicklung

Arbeitssaboteur Demographie

Laszlo Revesz zu einer Moskauer Standortbestimmung

Die Sowjetunion produziert insgesamt zuwenig Arbeitskräfte, und die diesbezüglichen Überschussgebiete sind ebenso nichtrussisch wie problematisch.

In der Sowjetunion hat die militärwissenschaftliche Zeitschrift «Kommunist woorschonnich sil» (Kommunist der Streitkräfte, Moskau, Nr. 4/1983) in ihrer letzten Ausgabe einen wichtigen Beitrag veröffentlicht: «Demographische Probleme und Arbeitskräftepotential des Landes». Der Autor W. Tschekin ist als Spezialist der Thematik bekannt; hier legt er nur die wirtschaftlichen Sorgen dar, welche die gegenwärtige demographische Entwicklung den sowjetischen Führern erklärterweise bereitet.

Russen und Nichtrussen

Nun bereitet der verlangsamte und vor allem regional ungleichmässige Bevölkerungszuwachs sicherlich bestimmte wirtschaftliche Sorgen; sie sind soweit nicht vorgespiegelt. Aber bevor wir anhand der sowjetischen Darstellung auf sie eingehen, möchten wir doch auf das echte und grosse Problem hinweisen, welches die demographische Entwicklung der Sowjetführung stellt, obwohl diese es in ihrer Öffentlichkeitsarbeit herunterspielt und verwischt. Es handelt sich um das bevölkerungsmässige Zurückbleiben der Russen gegenüber den Nichtrussen. Das ist das ungenannte Politikum hinter der ganzen Sache, die man allzu auffällig nur immer in ihren wirtschaftlichen Konsequenzen schildert.

Zwar gibt es statistisch betrachtet einen gesamt-sowjetischen Trend, und dieser besteht in einer Verlangsamung des Bevölkerungszuwachses. Gab es 1940 auf 10000 Einwohner 31,2 Geburten, so waren es 1980 noch 18,3. Aber der Rückgang der Geburtenzahlen ist ungleichmässig und geht vor allem auf Kosten des russischen Bevölkerungsteils, der laut amtlichen Angaben 52 Prozent der Gesamteinwohnerschaft umfasst (unter Einbezug von statistischen «Wahrussen», wie manche Beobachter meinen).

Gesamtsowjetisch belief sich der natürliche Be-

völkerungszuwachs 1980 auf 8 Promille, doch interessant ist die Aufteilung: Russische Föderation (RSFSR) nur 4,9 Promille, hingegen zum Beispiel Kasachstan 15,8%, Aserbajdschan 18,2%, Kirgisien 21,2%, Turkmenien 26,0%, Usbekistan 26,4% und Tadschikistan gar 29,0 Promille.

Die demographische Situation der Russen ist insofern noch «schlimmer», als infolge der sogenannten «Internationalisierung» der Sowjetrepubliken viele Russen (zum Teil schon als Werktätige, hauptsächlich aber als Funktionäre und Offiziere) in die nichtrussischen Regionen versetzt werden, wo sie mit ihren kinderarmen Familien den Geburtdurchschnitt herunterdrücken, so dass der Zuwachs der jeweiligen «Stammbevölkerung» höher liegt als der territorial erfasste Zuwachs ihrer Region.

Durch eine nicht so genannte Russifizierungspolitik hat man (insbesondere in der Ära Breschnew) versucht, dieser demographischen Entwicklung zu begegnen, welche die praktisch dominant russisch verstandene Einheit des «Sowjetvolkes» langfristig bedroht. Das Ziel einer solchen «Assimilierung» ist es, aus nichtrussisch ge-

borenen Sowjetbürgern nachträglich durch entsprechende Erziehung und Schulung möglichst viele Russen zu machen. Das kann auch erklären, weshalb die Russen trotz der gegen sie laufenden demographischen Entwicklung immer noch als absolute Mehrheit der sowjetischen Einwohnerschaft figurieren; eine andere Erklärung wäre die Veröffentlichung unrichtiger statistischer Zahlen.

Andropows Unverbindlichkeiten

Seit seiner Machtübernahme hat Andropow unter anderem von einer Wiederbelebung der «leninischen Nationalitätenpolitik» gesprochen, was man im Ausland wahrscheinlich eher voreilig als Absage an das Russifizierungsprogramm unter Breschnew gedeutet hat. Indessen ist die Formel – der man übrigens bisher unter keiner Führung formell abgesagt hat – ziemlich unverbindlich, und Lenin selber hatte mit seiner angeblichen «Nationalitätenpolitik» eine systematische Angleichung betrieben und den nichtrussischen Völkern (wie übrigens auch dem russischen Volk) jede eigenständige Entwicklung verwehrt.

In den letzten Jahren haben die Reibungen zwischen Russen und Nichtrussen in der UdSSR zugenommen, und es mag sein, dass Andropow den andern Sowjetvölkern eine kleine Beruhigung von der Art geben wollte, die bei einem Amtsantritt alleweil schicklich ist und nicht viel kostet. Vielleicht wird als «nationale» Geste (im östlichen Sprachgebrauch steht «Nation» für ethnisch verstandenes Volk und «Nationalität» für Völkerschaft) eine zuvor geschlossene anderssprachige Schule wiedereröffnet oder so, aber insgesamt und auf längere Zeit besteht das Problem doch darin, dem demographischen Ansturm der Nichtrussen zu wehren.

Das deklarierte Wirtschaftsproblem

Das darf man natürlich nicht so sagen, und auch unser Autor W. Tschekin – an dessen Beitrag in der Militärzeitschrift wir wieder anknüpfen wollen – tut es nicht, wenn er die demographische Entwicklung in der UdSSR als ungünstig bespricht. Sein erklärtes Thema sind die gegenwärtigen und kommenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und daran hält er sich formell auch dann, wenn er z. B. von den negativen Seiten der Mentalität bei der Moslembevölkerung spricht. Sie wird als ökonomischer Bremsfaktor hingestellt – als ob das nicht auch schon eine politische Aussage wäre.

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's



Andropow. («Politika», Belgrad, 8.1.1983)

Tschekin beginnt mit der allgemeinen Erscheinung der «Überalterung». Während die gesamt-sowjetische Bevölkerung jährlich um knapp ein Prozent zunimmt, steigt die Zahl der Rentner pro Jahr um 3 bis 4 Prozent. Noch in der Planperiode 1976 bis 1980 waren für jede abtretende Arbeitskraft zwei neue Kräfte in den Arbeitsprozess eingegliedert worden, aber in diesem Jahrzehnt ist das Verhältnis nur noch 1:1.

Die demographische Entwicklung weist darauf hin, dass sich der insgesamt schon spürbare Mangel an Arbeitskräften in Zukunft noch verstärken wird. (Die Sowjetunion beschäftigt Fremdarbeiter u. a. aus Vietnam.)

Gerügt wird einmal mehr die ungenügende Automation. Beinahe die Hälfte der Arbeiter in der materiellen Produktion sei noch mit Handarbeit beschäftigt. Zwar erfasse «in den wichtigsten Industriebranchen» die Mechanisierung der Arbeit 74 Prozent der Arbeiter (eine sehr genaue Prozentzahl für einen so vage abgesteckten Sektor...), aber in den übrigen Branchen sinke dieser Anteil, der sich bei den Hilfsarbeitern nur noch auf 29 Prozent belaufe.

Dementsprechend verlangt der Autor eine Ausdehnung der Arbeitsmechanisierung in der Industrie, damit man so vermehrt Arbeitskräfte für andere Wirtschaftszweige freisetzen könne. Ausserdem müssten möglichst viele Rentner und Rentnerinnen «für die Arbeit in der Produktion gewonnen» werden. (Bei Kleinrenten von 60 Rubel, die einer mittleren Kaufkraft von etwa 150 Franken entsprechen, erweisen sich jetzt schon viele Rentner als «arbeitswillig».)

Die schwer verwertbaren Moslemgebiete

Schliesslich kommt der Autor auf den ungenügenden Arbeitskräfte-Ausgleich innerhalb der Union selbst zu sprechen. Besondere Schwierigkeiten entstünden in den schwach industrialisierten und kinderreichen Sowjetrepubliken mit Moslembevölkerung. Die «territoriale und soziale Mobilität» in jenen Gebieten sei so gering, dass man die Leute nicht bewegen könne, in andern Regionen zu arbeiten. Als Folge davon

müsse man noch vermehrt Arbeitsplätze in ihren eigenen Republiken schaffen.

Offenbar muss man dort Arbeitsplätze schaffen, an denen es jetzt fehlt. Das ist ein indirekter Hinweis darauf, dass man in jenen Gebieten im Gegensatz zur Gesamtlage eher mit *Arbeitslosigkeit* zu kämpfen hat, die es laut offizieller Lesart und laut Verfassung («Recht auf Arbeit») in der UdSSR nicht geben darf.

Indikator Hausfrau

In diesem Zusammenhang ist im Beitrag der Militärzeitschrift noch die Aussage interessant, dass in den nichtrussischen Republiken die Zahl der Hausfrauen «auffallend gross» sei. Das hängt sicherlich auch mit der grösseren Zahl von kinderreichen Familien zusammen, aber wohl nicht allein damit. Grundsätzlich gilt in der Sowjetunion nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern auch die Pflicht dazu, und die Hausfrauentätigkeit zählt nicht als Arbeit. Chruschtschow hatte seinerzeit aufgrund seiner «Parasitengesetzgebung» viele Nur-Hausfrauen als «arbeits-scheue Elemente» in entlegene Gebiete deportieren lassen und sie dort zu Erwerbsarbeit gezwungen; später hat man wenigstens alleinstehende Mütter mit Kindern unter acht Jahren von der Pflicht zur Berufsarbeit befreit. Heute ist man von solchen rigorosen Auffassungen offensichtlich wieder abgekommen. Niemand spricht mehr davon, die erwerbslosen Hausfrauen in den nichtrussischen Republiken als «Parasiten» zu bestrafen. Wahrscheinlich ist man in jenen Gegenden eher zufrieden damit, dass sie nicht den Männern noch Arbeitsstellen wegnehmen.

Der Ruf nach Arbeitsdisziplin

Gesamtsowjetisch ist allerdings – wie gesagt – das Problem nicht ein Überfluss an Arbeitskräften, sondern ein Mangel daran.

Das hängt mit der berühmten «innerbetrieblichen Arbeitslosigkeit» zusammen, bei der zu viele Leute «beschäftigt herumstehen», ohne viel zu leisten. Unser Autor verlangt denn auch generell, dass «die grossen Arbeitszeitverluste» durch bessere Arbeitsorganisation und verschärfte Kontrolle zu reduzieren seien.

Damit liegt er ganz auf der Linie von Parteichef Andropow, der mit Strafen und Massnahmen eine bessere Arbeitsdisziplin erzwingen will. Von Reformen à la Ungarn, wo man die Leute dazu bringt, von sich aus mehr leisten zu wollen, weil sich die persönliche Initiative materiell lohnt, ist kaum mehr die Rede. Die Grundlage dazu wäre eine freiere Wirtschaft, und diese ist in der Sowjetunion unerwünscht.

Das Verhältnis von Lohn und Arbeit im Sozialismus definiert ein alter Politwitz so: «Der Staat tut dergleichen, als entlöhne er mich, und ich tue dergleichen, als arbeite ich.» Die sowjetische Vorstellung von der Überwindung dieses Zustandes besteht (trotz sporadischer Bemühungen um die «materiellen Anreize») grundsätzlich darin, dem Arbeitnehmer das Dergleichen tun disziplinarisch abzugewöhnen, unter immer weiterem Ausbau eines – unproduktiven – Kontrollapparates, den sich die Korruption ihrerseits immer wieder erobert. Andropow zieht eine Schraube nach, die sich schon oft gelockert hat. ■

Taten in Polen

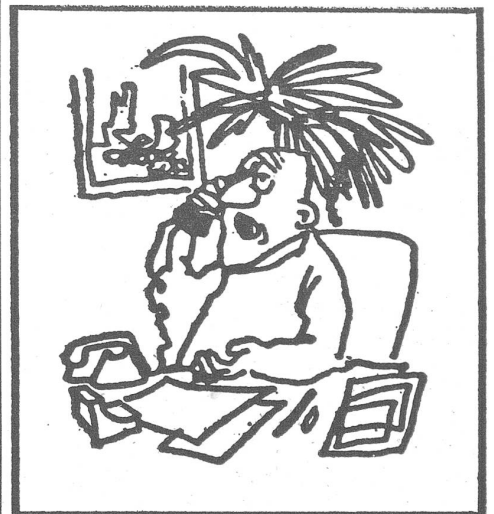
In Polen begingen die Machthaber den 100. Todestag von Karl Marx auf ihre Art. General Jaruzelski brachte es wahrhaftig fertig, feierlich zu verkünden: «Wir ehren Karl Marx durch unsere Taten.» Er hatte auch frische Taten vorzuweisen.

Mit Schlagstöcken, Gummiknüppeln und Kalaschnikow-MP's ausgerüstet, traten die ZOMO-Sondereinheiten des Sicherheitsdienstes über das Wochenende vom 12./13. März in Aktion. Sie lösten mit Tränengaseinsätzen gewaltlose Demonstrationen auf, welche Studenten und Jungarbeiter in Danzig, Breslau (Wroclaw), Warschau, Kalisch und Krakau durchführten. Einige hundert Jugendliche wurden festgenommen, etliche von ihnen danach in die Spitäler eingeliefert. Ärztliche Behandlung nach der polizeilichen Behandlung.

Auch am 14. März kam es in mehreren Städten zu Kundgebungen. Die Demonstranten forderten die Wiederanerkennung der Solidarnosc als legale Arbeiterorganisation und protestierten gegen die Verfolgung und Verleumdung von Gewerkschaftlern. Darüber hinaus skandierten sie auch: «Schluss mit der kirchenfeindlichen Kampagne!». Eine Bestätigung dafür, dass diese tatsächlich in vollem Gange ist.

Inzwischen machen, wie man von oppositioneller Seite erfährt, auch die Normalisierungstendenzen Fortschritte.

● Man richtet Zwangsarbeitslager ein, die gemäss der neuen Parasitengesetzgebung (siehe ZB, Nr. 1/1983) zur Aufnahme von angeblich arbeitsscheuen Elementen bestimmt sind. Tat-



«Sie haben recht, aber wozu?» («Politika», Warschau, 19.2.1983)